



Energiewende fortführen statt abwürgen!

Die Südregion Deutschlands steht als industrielles Zentrum Deutschlands für ca. 30 Prozent des bundesweiten Strombedarfs, denn hier schlägt das industrielle Herz der Republik – mit 50 Hertz. Dieser beträchtliche Strombedarf kann und muss künftig vorrangig durch erneuerbare Energien, bspw. durch Windenergieanlagen, gedeckt werden. Wind an Land ist dabei eine der günstigsten Stromerzeugungstechnologien.

Nach einer Studie der Forschungsstelle für Energiewirtschaft könnten durch einen stärkeren Windkraftausbau im Süden jährlich bis zu 1,8 Milliarden Euro an Redispatch-Kosten vermieden werden, Kosten, die andernfalls über die Netzentgelte von Unternehmen und privaten Verbraucher*innen getragen werden müssten.

Aktuell werden allerdings vermehrt die windstarken Standorte im Norden und Osten Deutschlands erschlossen, während die windschwächeren, bedarfsnahen Standorte der Südregion in den Ausschreibungen der Bundesnetzagentur um eine Förderung gemäß Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) oft das Nachsehen haben.

Der Nachfrage der Industrie nach einer kostengünstigen, bedarfsnahen erneuerbaren Stromerzeugung kann daher aktuell nicht im erforderlichen Umfang nachgekommen werden. Eine bedarfsnahe Erzeugung von Strom dient aber sowohl der Kosteneffizienz der Energiewende als auch der Netzstabilität und Versorgungssicherheit.

Die anstehende Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) ist bei weitem das wichtigste Instrument zur weiteren Ausgestaltung und Steuerung der Energiewende. Es ist von entscheidender Relevanz, dass dabei auch die Vielfalt der Verhältnisse in Deutschland bedacht wird – das schafft der veröffentlichte Entwurf des BMWi allerdings nicht.

Daher fordern wir, speziell aus der baden-württembergischen Perspektive, zwei Korrekturen ein (weitere Kritikpunkte sind von bundesweiter Relevanz, weswegen wir hier nicht auf sie eingehen).

Verbindliche Südquote für Windenergie an Land

Eine Südquote im EEG – also die Vorgabe, dass mindestens 20 Prozent der Windkraft-Zuschläge dem sogenannten netztechnischen Süden vorbehalten sind – macht den Windkraftausbau in Süddeutschland wirtschaftlich attraktiver und sorgt für eine ausgewogenere Verteilung der Stromerzeugung. Wird mehr erneuerbarer Strom direkt in den großen industriellen Verbrauchszentren im Süden erzeugt, muss weniger Strom über weite Strecken von Nord nach Süd transportiert werden. Das entlastet die Übertragungsnetze, reduziert Netzengpässe und macht den erforderlichen Netzausbau effizienter. Zugleich stärkt eine ausgewogenere Verteilung der Stromerzeugung das gemeinsame deutsche Strommarktgebiet.

Durch einen Ausbau der Windkraft im Süden kann der Bedarf an weiteren Übertragungsnetzen begrenzt werden. Gleichzeitig erhalten bereits genehmigte und weit entwickelte Windenergieprojekte im Süden eine echte Realisierungsperspektive und tragen damit auch zur Wertschöpfung in Baden-Württemberg bei. So wird Windenergie, wie im Netzentwicklungsplan vorgesehen, auch dort gebaut, wo sie nicht nur klimaneutralen Strom erzeugt, sondern zugleich die Netze entlastet und die Kosten des Gesamtsystems senkt.

Eine Südquote ist deshalb ein zentraler Baustein für eine bezahlbare, sichere und klimaneutrale Energieversorgung in Baden-Württemberg – und würde zusammen mit einer Erhöhung des Ausschreibungsvolumens einen wichtigen Beitrag für eine kosteneffiziente Stromversorgung in Deutschland leisten.

Fortführung der Einspeisvergütung für kleine Dach-PV-Anlagen

Die Intention des EEG-Entwurfs ist es, für mehr Systemeffizienz zu sorgen. Die Pflicht zur Direktvermarktung für größere Anlagen, wo sie in den vergangenen Jahren nicht ohnehin eingeführt worden ist, ist sicherlich ein geeigneter Ansatz. Bei kleinen PV-Anlagen (Größenordnung < 10 kWp) verhält es sich anders – die Investitionskosten in Hard- und Software, um die Direktvermarktung zu ermöglichen, stehen in keinem Verhältnis zum volkswirtschaftlichen Nutzen, der dadurch generiert wird. Um es bildlich zu formulieren: 1.000 Euro zu investieren, um 10 Euro im Jahr einzusparen, ist nicht g'scheid.

Mehr noch: gerade kleine PV-Anlagen sind ein wichtiger Faktor für die lokalen Handwerksbetriebe. Nach der Ausbau-Delle der Jahre 2013-2018 haben sich in den vergangenen Jahren wieder gut funktionierende Strukturen etabliert, die nun akut gefährdet sind. Nicht zuletzt ist auch eine Verlässlichkeit seitens des Staates ein hohes Gut. Und auch die Botschaft, dass die Energiewende öffentlich sichtbar auch auf „Städter-Flächen“ stattfindet, ist in Zeiten steigender Nutzungskonflikte um den Boden gesellschaftlich wichtig.

Wir fordern die Regierungsfractionen im Deutschen Bundestag daher dringend zur Nachbesserung auf!

Beschlossen auf der Fraktionsklausur in Leimen im September 2026.